

Von Sektionsanträgen und Resolutionen : SPS-Parteitage : spontan programmiert?

Autor(en): **Vollmer, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SPS-Parteitage: Spontan programmiert?

Von Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS

SPS-Parteitage haben es in sich. Spektakel ist auf beinahe sicher programmiert. Nach dem noch nie dagewesenen Delegiertenaufmarsch zum Februarparteitag mit dem Thema Regierungsbeteiligung hat das Interesse und die Beteiligung auch am ordentlichen Parteitag in St. Gallen nicht wesentlich nachgelassen. Was fasziniert denn eigentlich an derartigen Grossveranstaltungen in einer Zeit, in der sich normalerweise – angeblich wegen des Fernsehens – nur noch wenige Insider an Partei-Anlässe verirren? Sind es die oft überraschenden Beschlüsse zu Volksinitiativen oder Militärfragen, welche im darauffolgenden politischen Alltag ohnehin wenig Auswirkungen haben? Oder sind unsere Parteitage gar überhaupt nicht mehr repräsentativ, wie unterlegene Minderheiten oft vorschnell und bequemerweise behaupten, und darum nur noch Tummelfeld realitätsferner Dogmatiker?

Über die grossartige Stimmung ist schon viel geschrieben worden: SPS-Parteitage sind zweifellos mehr als statutarische Gremien, wo Organe gewählt und Statutenrevisionen beraten werden. Sie sind nicht zuletzt Treffpunkt und Forum für die verschiedensten Parteikreise. Kontakte, Gespräche, Diskussionen und gemütliches Beisammensein auch ausserhalb des Tagungsraums gehören zum festen Bestand. SPS-Parteitage als eine Art Jahrmarkt, wo man sich trifft, wo neben den Sachgeschäften nicht nur Broschüren, Bücher und Genossenschaftsprojekte vorgestellt werden, wo vor allem auch Ideen

und Erfahrungen zwischen «gewöhnlichen» Mitgliedern und angesehenen Magistraten ausgetauscht werden. Die Vielfalt und der Ideenreichtum der Partei erfahren am Parteitag einen sichtbaren Ausdruck. Das muss auch Aussenstehende zwangsläufig faszinieren. Dazu gilt es Sorge zu tragen, so unbequem, spontan und emotional die Beschlüsse auch immer sein mögen! Wo gibt es denn eine politische Kraft der Bedeutung der SP, in der Meinungen und Anträge der untersten und kleinsten Einheiten des Organisationsgefüges – vollkommen ohne Zwischenfilter – unmittelbar bestimmend und wirksam werden? Welch ein Kontrast auch zu den Parteitagen unserer grossen europäischen Schwesterparteien, wo vor allem Funktionäre und Mandatäre lenken und dominieren.

Vernachlässigte Sektionsanträge?



Der Unmut war auch in St. Gallen spürbar: Dutzende von Sektionsanträgen mussten einmal mehr – aus Zeitgründen – zurückgestellt werden. Wie mancher Sektionsdelegierter hat wohl bereits ein ausführliches Begründungsvotum vorbereitet und sollte nach dem Parteitag seiner Sektion über den Erfolg oder Misserfolg der eigenen Anträge berichten. Und dann werden diese Anträge einfach verschoben. Der Ruf nach einer bevorzugten Behandlung – vor allen anderen Geschäften – ist nicht zum ersten mal hörbar geworden. Versucht die Parteileitung am Ende etwa unbequeme Basisanliegen mittels Pro-

grammgestaltung abzuservieren?

St. Gallen lieferte den Gegenbeweis: Trotz einer beträchtlichen Zahl von unerledigten Anträgen hat sich der Parteitag hauptsächlich gerade mit den von den Sektionen eingebrachten brisantesten Fragen beschäftigt: Sowohl das Leopard-Panzergeschäft, die Diskussionen um Sanktionen gegenüber nichtoffiziellen Bundesratskandidaten, die Unterstützung der Anti-Strassenbau-Initiative wie die Grundsatz- und Personaldiskussion zur Parteileitung waren vom Parteivorstand ursprünglich nicht programmiert, sondern wurden erst durch Sektionsanträge Gegenstand der Parteitagsdiskussion.

Zugegeben, die Pflege des Details, die seriöse Beschäftigung auch mit dem weniger Spektakulären sind ebenso wichtig und nötig. Aber kann man es dem Parteitag verargen, dass er sich im Zweifelsfall für die Behandlung zumindest der politisch kontroversesten Geschäfte entscheidet? Die Überweisung nichtbehandelter Anträge – im Einverständnis und mit Vertretung der antragstellenden Sektion – an den Parteivorstand bietet nicht wenigen Vorschlägen sogar eine grössere Beachtungs- und damit Erfüllungschance, als ein unter Zeitdruck durchgepeitschtes Überweisen im Parteitagsplenum. Sektionsanträge an den Parteivorstand wären überhaupt noch als wirkungsvolle Möglichkeiten zu entdecken! Gerade weil wir uns entschieden gegen jegliche Beschränkung von Vertretungs- und Antragsrechten der Sektionen wehren wollen, dür-

fen wir an die Sektionen appellieren, die Antragsrechte differenzierter und sorgfältiger wahrzunehmen. Denn wer nicht einmal in seiner Sektion wirklich Gehör findet, soll mit seinen «Spezialitäten» nicht den Parteitag ersatzweise auf die Probe stellen.

Resolutionenflut!

Gute alte Zeit: Am Schluss des Parteitages wird nach gründlicher Diskussion nicht nur eine Resolution verabschiedet, die Öffentlichkeit nimmt davon sogar wirklich Kenntnis, denn die Resolution als Stellungsbezug zu einem aktuellen Anlass wird praktisch von allen Medien auch gebührend verbreitet.

Und heute: Über ein Dutzend Resolutionsentwürfe werden eingereicht, abgehakt und umgeblättert. Man nimmt mit mehr oder weniger Echo zu allen innen- und aussenpolitischen Themen Stellung. Nicht dass darin inhaltlich etwas daneben gegangen wäre. Nein, *das Instrument der Resolution wird durch die Vielzahl stumpf*. Man stösst sich nicht einmal mehr an möglichen Schwächen oder Widersprüchen. Was soll's, wer liest sie überhaupt noch nach der Beschlussfassung, abgedruckt werden sie in dieser Vielfalt nicht einmal mehr in der Parteipresse. Schade um die Resolutionen, schade um die Anliegen. Mein Vorschlag: Zukünftige Parteitage

verabschieden nur noch maximal drei Resolutionen. Aus den möglichen vielen verschiedenen Vorschlägen müsste eine Auswahl getroffen, Prioritäten gesetzt werden. Damit könnte der Parteitag echte politische Entscheide fällen, denn wer für alles ist, ist auch für nichts! Ich höre schon Stimmen, die derartige Beschränkungen als Einschränkung und die dazu nötigen Ausmarchungen als Zumutung bezeichnen werden. Trotzdem, wer nicht nur alles uns Gemeinsame im (Resolutions-) Ritual laufend bestätigen will, muss durch Auswahlentscheide auch Prioritäten setzen. Ansonsten mangelt es dem Parteitag auch nicht an Mut. Es lebe der nächste SPS-Parteitag.

Ein polnischer Vorschlag und die Vorstellungen der SPS

Wirtschaftskonzepte im Vergleich

Eine Untersuchung von Armin Jans

Nach dem Danziger Abkommen vom August 1980 bis zur Machtübernahme der Militärs im Dezember 1981 gab es in Polen eine sehr intensive öffentliche Debatte über die Neuordnung der Wirtschaft. Das am weitesten ausgearbeitete und in sich geschlossenste Reformkonzept stammte von einer Gruppe von Wissenschaftern um Leszek Balcerowicz. Dieses Konzept wird in diesem Beitrag im Anschluss an einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der Reformdebatte vorgestellt. Anschliessend wird es mit den von der SPS entwickelten Reformvorstellungen verglichen. Zum Schluss sollen einige allgemeine Folgerungen gezogen werden.

Kapitel I

Zum Ablauf der polnischen Reformdiskussion

Die Balcerowicz-Gruppe erarbeitete ihr Konzept an der Warschauer Hochschule für Planung und Statistik in den Jahren 1978 bis 1980. Vom Institut für grundlegende Probleme des Marxismus-Leninismus beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) ins Leben gerufen, sollte sich nach

Meinung jenes Establishments, welches nach dem Scheitern von Giereks überzogenem Modernisierungsprogramm ernsthaft nach neuen Wegen suchte, Rezepte zur Stabilisierung des krisengeschüttelten Systems erarbeiten. Allerdings erlegte sich die Gruppe bei ihrer Arbeit keinerlei Einschränkungen politischer oder anderer Art auf und gelangte demzufolge zu radikalen Vorschlägen, die bis Ende 1980 unter dem Titel «Die Wirtschaftsreform – ihre Richtlinien

und Verwirklichungsweise» publizierte.

Unter dem Druck der sich seit Sommer 1980 zuspitzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, aber auch zur Markierung einer eigenen Position gerade gegenüber der Balcerowicz-Gruppe sah sich die Regierung veranlasst, im Januar 1981 ein eigenes Reformprojekt vorzulegen. Die breite öffentliche Diskussion, die sich daran anschloss, bewog die Regierung, ihr Projekt dem der Balcerowicz-Gruppe anzunähern. Diese erarbeitete im Verlauf des Jahres 1981 ihrerseits detaillierte Vorschläge, wie ihr Reformkonzept in die Praxis umgesetzt werden könnte. Reformkonzept und Umsetzungsvorschläge liegen seit Sommer 1984 in deutscher Übersetzung vor¹; ihre wichtigsten Aspekte werden im nächsten Abschnitt vorgestellt.